

19. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie

mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE
--

An Haupt

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie
vom 13. Juni 2024

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1703
**Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und
weiterer Rechtsvorschriften**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – wird mit folgenden Änderungen
angenommen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 10 wird folgende Nummer 10a eingefügt:

In § 22 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „entweder eigenständig, in einem Verbund
oder in Kooperation mit einem beruflichen Gymnasium, einer Gemeinschaftsschule o-
der einer anderen Integrierten Sekundarschule“ durch die Wörter „nach Maßgabe des §
28 Absatz 4 und 5“ ersetzt.

2. Nach Nummer 10a wird folgende Nummer 10b eingefügt:

In § 23 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „entweder eigenständig, in einem Verbund
oder in Kooperation mit einem beruflichen Gymnasium, einer Integrierten Sekundar-
schule oder mit einer anderen Gemeinschaftsschule“ durch die Wörter „nach Maßgabe
des § 28 Absatz 4 und 5“ ersetzt.

3. Nummer 12 wird wie folgt gefasst:

§ 28 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3a wird aufgehoben.

b) Die Absätze 4 bis 7 werden wie folgt gefasst:

„(4) An Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen kann eine eigene gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden. Soweit das aus organisatorischen und fachlichen Gründen nicht möglich ist, soll eine gymnasiale Oberstufe vorrangig im Verbund mit einer anderen Integrierten Sekundarschule, einer Gemeinschaftsschule, einem Oberstufenzentrum oder einem Gymnasium angeboten werden. Kooperationen sollen so lange an die Stelle des Verbundes treten, wie anderweitig die Schule keine gymnasiale Oberstufe anbieten kann. Davon unberührt bleiben Kooperationen nach § 22 Absatz 2 Satz 4.

(5) In einem Verbund nach Absatz 4 Satz 2 behält jede teilnehmende Schule ihre Eigenständigkeit. Die gymnasiale Oberstufe ist den Schulen des Verbundes gleichermaßen zugeordnet. Die teilnehmenden Schulen schließen eine Verbundvereinbarung, in der die grundlegenden und organisatorischen Regelungen für den Verbund getroffen werden. Insbesondere in der Wahrnehmung der schulischen Selbständigkeit und Eigenverantwortung gemäß § 7 und bei der Festlegung des Schulprogramms gemäß § 8 stimmen sich die an dem Verbund teilnehmenden Schulen miteinander ab, soweit die gymnasiale Oberstufe betroffen ist. Alle Entscheidungen, die den Verbund betreffen, sind von den teilnehmenden Schulen einvernehmlich zu treffen. Können Entscheidungen durch die Schulen nicht einvernehmlich getroffen werden, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde oder, soweit Aufgaben nach § 109 betroffen sind, die zuständige Schulbehörde oder bei einem zuständigkeitsübergreifenden Verbund die zuständigen Schulbehörden gemeinsam.

(6) In Oberstufenzentren soll eine gymnasiale Oberstufe mit einem beruflich orientierten Bildungsangebot eingerichtet werden (berufliches Gymnasium). Die beruflichen Gymnasien schließen mit einer oder mehreren Integrierten Sekundarschulen oder Gemeinschaftsschulen Verbund- oder Kooperationsvereinbarungen nach Maßgabe der Absätze 4 oder 5, um insbesondere Schülerinnen und Schüler dieser Schularten den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife zu ermöglichen. Schülerinnen und Schüler kooperierender Integrierter Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen haben einen Anspruch auf Aufnahme.

(7) Die gymnasiale Oberstufe schließt mit der Abiturprüfung ab. Die allgemeine Hochschulreife wird durch eine Gesamtqualifikation aus anrechenbaren Kursen und der Abiturprüfung erworben. Nach erfolgreicher Teilnahme an mindestens zwei aufeinanderfolgenden Halbjahren der Qualifikationsphase kann der schulische Teil der Fachhochschulreife erworben werden.“

- c) Der bisherige Absatz 6 wird als Absatz 8 angefügt und in dessen Satz 2 werden das Wort „Collège“ durch das Wort „Lycée“ und die Wörter „Ballettschule Berlin und Schule für Artistik“ durch die Wörter „Ballett- und Artistikschule Berlin“ ersetzt.

4. Nummer 19 wird wie folgt gefasst:

§ 40 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „(Volkshochschul-Kollegs und Berlin-Kolleg)“ gestrichen.
- b) In Satz 3 wird die Angabe „Absatz 4 und 6“ durch die Angabe „Absatz 7 und 8“ ersetzt.

5. Nummer 23 wird wie folgt geändert:

§ 43b Absatz 1 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Die Schulaufsichtsbehörde hat eine Anordnung nach Satz 2 zu überprüfen, sobald eine Änderung des Verhaltens der Schülerin oder des Schülers zu erwarten ist, spätestens nach drei Monaten; für die Dauer der Anordnung findet spätestens jeweils nach sechs Monaten eine Überprüfung derselben statt.“

6. Nummer 29 f) wird wie folgt gefasst:

Absatz 9 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Nummer 1 wird durch die folgenden Nummern 1 und 2 ersetzt:

„1. Vorgaben für standardisierte Arbeiten im Rahmen von Schulleistungstests sowie das Verfahren und die Kriterien für die Förderprognose nach Absatz 2 und 3, Abweichungen vom Zahlenwert nach Absatz 3 Satz 2 und 3 und das verbindliche Beratungsgespräch gemäß Absatz 2 Satz 1,

2. die Einzelheiten und das Verfahren der Eignungsfeststellung im Rahmen eines Probeunterrichts für die Aufnahme am Gymnasium gemäß Absatz 3 Satz 3,“

bbb) Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden die Nummern 3 und 4.

ccc) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. Vorgaben für das Losverfahren nach Absatz 6 Satz 1 Nummer 3; am Gymnasium sind alle geeigneten Schülerinnen und Schüler, soweit diese nicht bereits gemäß Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 oder 2 berücksichtigt wurden, in das Losverfahren einzubeziehen,“

ddd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 6.

bb) In Satz 2 wird jeweils die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ ersetzt.“

7. Nach Nummer 55 wird folgende Nummer 55a eingefügt:

Dem § 113 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Er kann der Schulaufsichtsbehörde Vorschläge unterbreiten; dazu erhält er von dieser die für seine Arbeit notwendigen Auskünfte.“

Berlin, den 13. Juni 2024

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie

Sandra Khalatbari

mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE
--

An Plen

**Hierzu:
Dringliche Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses
vom 26. Juni 2024

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1703
**Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und
weiterer Rechtsvorschriften**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – wird gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie angenommen.

Berlin, den 26. Juni 2024

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

Stephan Schmidt